



Metis

Studie

**Endlich „Frieden“ im Südkaukasus?
Aserbaidzchan, Armenien und
die geopolitischen Aussichten der
neuen post-Karabacher Ordnung**

Nr. 38 | Dezember 2023

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

**Institut für
Strategie & Vorausschau**

Zusammenfassung

Die im September 2023 ausgeführte Blitzoffensive Aserbaidschans gegen (Berg)Karabach hat die Fragen bezüglich der territorialen Integrität und Souveränität des Landes zugunsten Bakus aufgelöst und ebenso die geopolitische Orientierung der Region nachhaltig und zu Ungunsten Armeniens

und westlicher Stakeholder verändert. Nichtsdestotrotz können Letztere weiterhin eine bedeutsame Rolle in der Region spielen, allerdings nur, wenn sie sich über die eigenen Interessen vor Ort klar werden – und ihr materielles Engagement substantiell erhöhen.

Neue geopolitische Ausgangslage

Im Jahr 2020 schuf der 44-Tage Krieg zwischen dem muslimisch geprägten Aserbaidschan und der auf aserbaidshanischem Territorium gelegenen, jedoch zu der damaligen Zeit noch de facto unabhängigen, christlich-orthodoxen sowie weitestgehend von ethnischen Armeniern bewohnten Republik Karabach neue geopolitische Realitäten: Er veränderte regionale Machtverhältnisse und bündnispolitische Dynamiken, erweiterte den Kreis der in der Region präsenten Akteure und brachte auch nicht zuletzt klare Sieger (Aserbaidschan) und Verlierer (Armenien sowie die Bevölkerung Bergkarabachs) hervor.¹ Die Veränderungen waren zwar wesentlich, aber noch wandelbar: Eine potentielle Rückabwicklung der neuen Realitäten, Machtverhältnisse, Dynamiken und Akteure und die Rückkehr zum Status quo ante war nicht ausgeschlossen.²

Dies änderte sich am 19. und 20. September 2023 – den Tagen der sogenannten aserbaidshanischen Blitzoffensive, welche die Fragen bezüglich der territorialen Integrität und Souveränität Aserbaidschans sowie der nationalen Zugehörigkeit der Provinz nachhaltig und zugunsten Bakus

löste. Auch die geopolitische Orientierung der Region, sowie die damit einhergehenden Bündnis-, Norm- und Machtdynamiken wurden genauer definiert. Offen bleibt derzeit noch die Frage nach dem mittel- und langfristigen Platz Armeniens in der Region sowie der Rolle der Bundesrepublik, der Europäischen Union und anderer westlicher Stakeholder. Die Erörterung dieser Fragen ist das Ziel der vorliegenden Analyse.

Die „Blitzoffensive“ (2023)

Bakus Angriff gegen das zum damaligen Zeitpunkt noch armenisch verwaltete Bergkarabach begann als „Anti-Terror-Operation“ am 19. September 2023. Er war die Antwort auf eine Landminenexplosion, die sechs Todesopfer forderte (vier aserbaidshanische Soldaten und zwei Zivilisten) und dem militärischen Arm der Bergkarabacher Separatisten zugeschrieben wurde. Laut dem aserbaidshanischen Verteidigungsministerium war das Ziel dieser Operation, die militärischen Fähigkeiten sowie insgesamt die politische Präsenz der auch international nicht anerkannten Republik Bergkarabach zu zerschlagen.

Aus Bakus Sicht war die Offensive ein voller Erfolg: Sie brachte bereits nach einem Tag die Kapitulation der De-facto-Regierung vor Ort, samt der Zusage, das armenische Artsakh bis zum 1. Januar 2024 aufzulösen. Dies veranlasste eine sofortige Massenflucht der Zivilbevölkerung ins benachbarte Armenien. So hatten bereits nur einige Tage nach dem Abschluss der Offensive knapp 90.000 Menschen (von insgesamt ca. 100.000 der Gesamtbevölkerung) die Grenze zu Armenien überquert,

¹ Bergkarabach („Nagornyj Karabakh“) ist die armenische Bezeichnung der Region; seit 2016 wurde offiziell allerdings der historische Name „Artsakh“ benutzt. Die aserbaidshanische Bezeichnung ist Karabach.

² Siehe „Frieden in Sicht? Armenien, Aserbaidschan und der Konflikt um (Berg)Karabach“, Metis Studie Nr. 30 (November 2022).

Tausende weitere folgten in den Wochen danach. Dies brachte Baku zwar den internationalen Vorwurf der Verreibung und ethnischen Säuberung ein, stellte jedoch gleichzeitig auch die Weichen für eine leichter zu vollziehende Integration der zuvor autonomen und nicht aserbaidisch geprägten Provinz ins Kernland – und für einen Diktatfrieden Bakus.

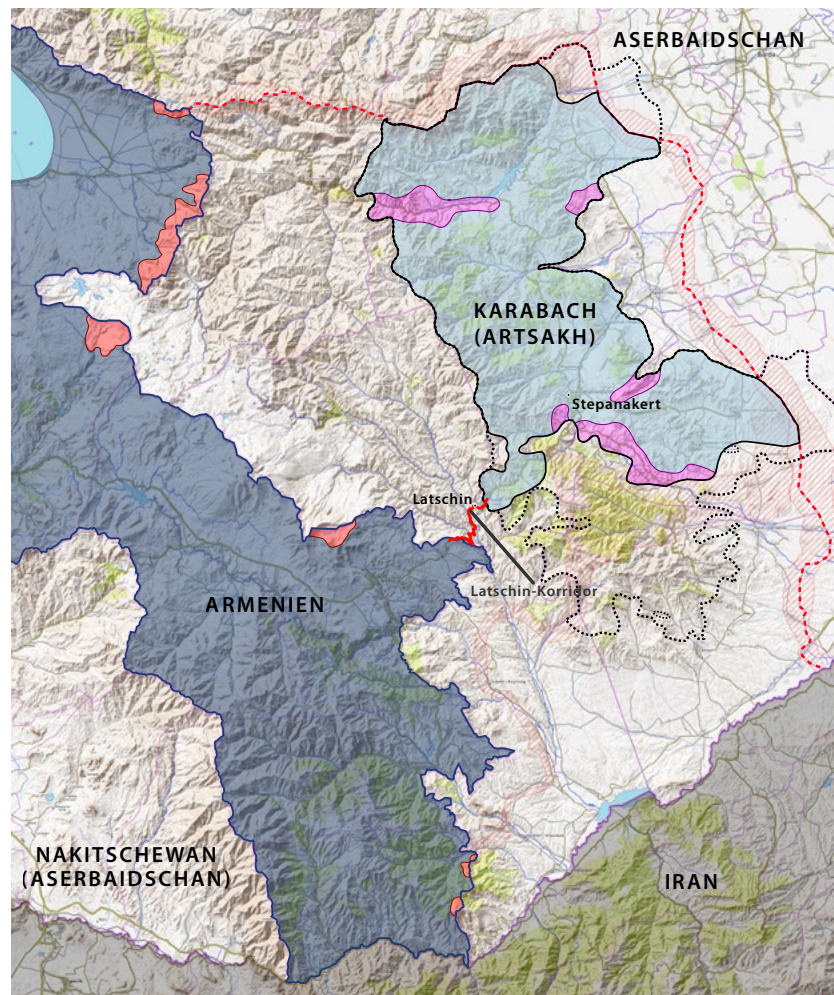
Aus Sicht Armeniens wurde die Niederlage damit nun endgültig. Dabei hat die Kapitulation sowohl eine bedeutsame ideelle Komponente – den Verlust jahrhundertalten armenischen Lebens in Bergkarabach und damit auch in gewisser Hinsicht der bestehenden armenischen Identität, die eng mit dem geistig-kulturellen Erbe der Provinz verbunden ist – als auch eine sehr greifbare, materielle. Diese Niederlage verstärkt die bereits seit 2020 bestehende ökonomische und politische Isolation des ohnehin vulnerablen Landes und bildet auch den Abschluss der alten post-sowjetischen Ordnung im Südkaukasus – mit Moskau als Hegemonialmacht und Armenien als Russlands engem, loyalem Verbündeten.

Warum eine Militäroffensive?

Auf den ersten Blick erscheint die militärische Eroberung Karabachs durch Aserbaidschan kontraintuitiv: Bereits seit dem Spätjahr 2022 und insbesondere im Frühjahr 2023 nutzten die Konfliktparteien gemeinsam diverse multilaterale Dialogformate – mit Russland, mit den USA, mit der Europäischen Union – zum Zweck der Friedensverhandlungen, deren vornehmlicher, wenn auch nicht ausschließlicher Gegenstand der zukünftige Status der Provinz (Berg)Karabach war. Den Tenor dieser gab Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan vor: Er erkannte die territoriale Integrität und Souveränität Aserbaidschans über Karabach explizit an und bereitete die armenische Bevölkerung bereits seit der Niederlage im Jahr 2020 aktiv auf die bevorstehende materielle wie ideelle Aufgabe der Provinz vor. Eine genuine alternative Option schien aus seiner Sicht aufgrund der ökonomisch-militärischen Schwäche und regionaler Isolation des Landes nicht zu bestehen.

Allerdings, auch unabhängig von Jerewans Unterstützung wäre die De-facto-Regierung in Stepanakert nicht handlungsfähig gewesen, da

sie mit einer humanitären Katastrophe – einer dramatischen Unterversorgung von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff und nahezu allen anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs – in der Provinz zu kämpfen hatte, die aus Bakus Blockade des Latschin-Korridors resultierte. Seit Dezember 2022 brach Baku die von Moskau ausgehandelte Friedensvereinbarung aus dem Jahr 2020 und hielt diese einzige Verbindungsstraße zwischen Karabach und Armenien ausschließlich für Konvois des russischen Friedenskontingents sowie des Roten Kreuzes vor; jedweder weitere versorgungsrelevante Transport zwischen der Provinz und Armenien, auch bei medizinischen Notlagen, war aufgrund Bakus Sorge um versteckte Waffenlieferungen ausgeschlossen. Bakus strategische Position war also eindeutig günstig: Die Provinz war auf sich selbst gestellt und Jerewan von den äußeren Umständen demoralisiert.



Legende

- im Konflikt von der aserbaidischen Armee erobert
- im Grenzkonflikt 2020–2023 durch Aserbaidschan besetzt
- Grenze Rest-Artsakschs zwischen 2020 und September 2023; frühere Grenze des Autonomen Bergkarabach
- Waffenstillstandslinie 1994–2020

Abb. 1 Karte der Offensive | Quelle: wikipedia.de; Urheber: Rro16; Bearbeitung: farbliche Anpassung, Beschriftung Deutsch

Genau hier lag der strategische Vorteil einer kurzen, aber effektiven militärischen Offensive anstelle eines „weiter so“ am Verhandlungstisch. Ohnehin bildeten aus Bakus Sicht alle drei Formate den eigenen strategischen Vorteil am Boden unzureichend ab – verhandlungspolitisch befanden sich Baku und Jerewan tatsächlich in einem Patt: Auch wenn die Zugehörigkeit Karabachs mittlerweile geklärt schien, war der politische Status der Provinz innerhalb Aserbaidschans nach wie vor zu verhandeln, ebenso wie die Lebensumstände, Rechte und Freiheiten der dort lebenden armenischen Zivilbevölkerung. Darüber hinaus behandelten die Dialoge die für Baku deutlich weniger „interessanten“ Themen wie die noch ausstehende Demarkation der armenisch-aserbaidschanischen Grenze und die Rückgabe der seit Herbst 2022 durch Aserbaidschan

besetzten Gebiete auf armenischem Territorium. Etwaige Themenverknüpfungen im Rahmen der Verhandlungen hatten somit das Potential, die praktische Umsetzung des bereits Erreichten noch zu torpedieren, oder zumindest deutlich hinauszuzögern.

Anders die Militäroffensive, welche aus zukünftigen Möglichkeiten schnell Tatsachen in der Gegenwart schuf – und das, ohne die mit weiteren Verhandlungen verbundenen Kosten zu verursachen. Vor diesem Hintergrund können sowohl die Militäroffensive als auch die vorangegangene Blockade des Latschin-Korridors in all ihren Facetten als die Vorbereitung einer „effizienten“ Eingliederung Karabachs ins Kernland betrachtet werden – und damit als Vorbereitung eines nachhaltigen regionalen „Friedens“ nach Bakus Geschmack.

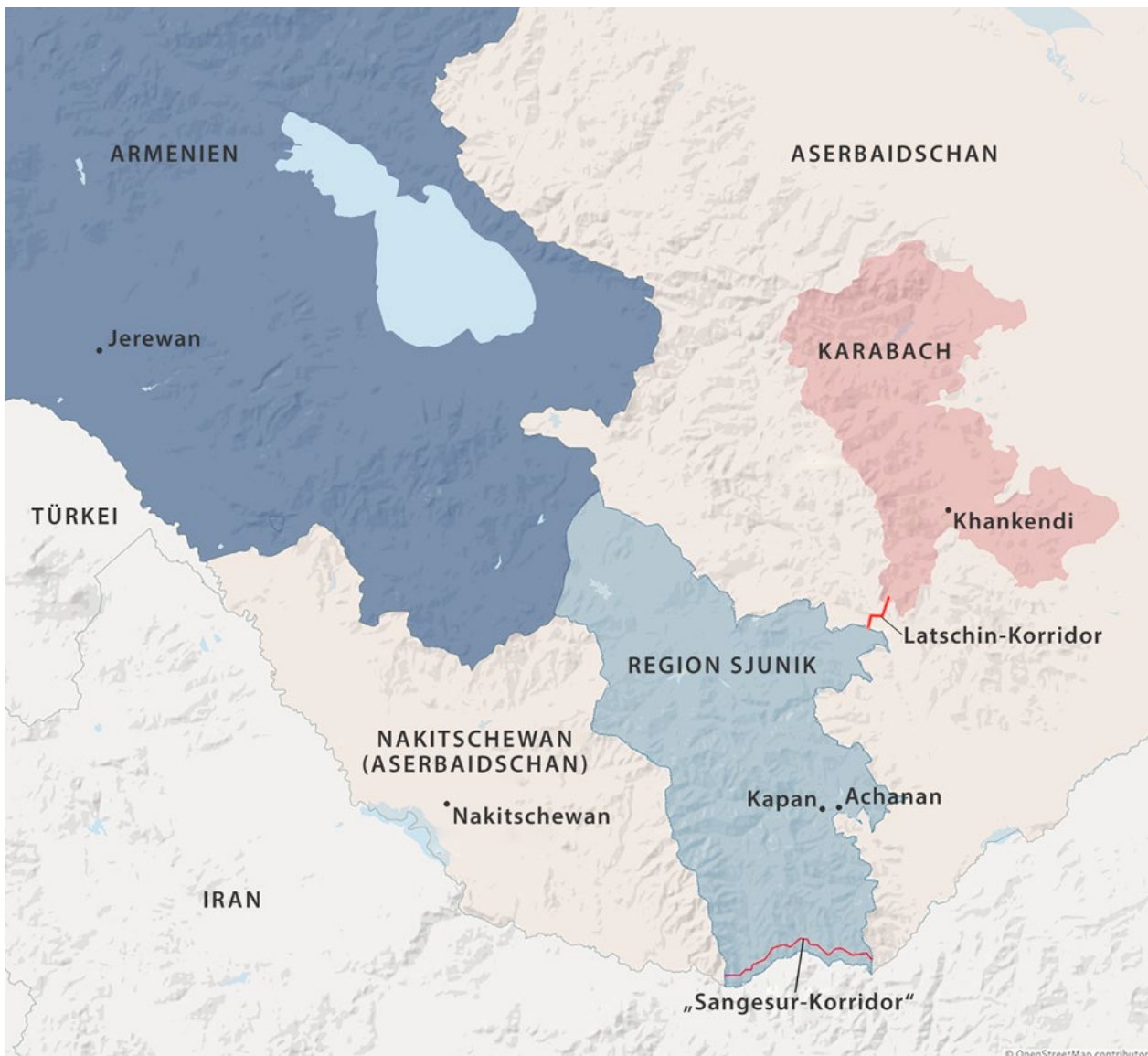


Abb. 2 Grenzverlauf Region Sjunik | Karte: OpenStreetMap contributor; Quelle: Media reports, <https://datawrapper.dwcdn.net/p8pcE/1/>; Bearbeitung: farbliche Anpassungen, Beschriftung Deutsch



Regionale Implikationen

Aserbaidsschan

Nach über 30 Jahren ungeklärtem Zustand ist die Souveränität des post-sowjetischen Aserbaidsschan über die Provinz Karabach erstmalig seit der Unabhängigkeit des Landes hergestellt und damit das prioritäre, seit über zwei Dekaden sinnstiftende Ziel der Regierung İlham Alıjews erreicht. Dass die effektive Aserbaidsschanisierung Karabachs einen nachhaltigen Frieden in der Region besiegelt, ist allerdings zweifelhaft: So hat der seit sowjetischen Zeiten ausgetragene Kampf gegen die armenische Besatzung der Provinz einen zu wichtigen Platz eingenommen, als dass man ihn über Nacht verabschieden könnte. Seit der Unabhängigkeit des Landes war Alıjews Kampf für die „territoriale Integrität und Gerechtigkeit“ der Kern der post-sowjetischen nationalen Identität des Landes - und damit ein die bisweilen höchst unzufriedene Bevölkerung Aserbaidsschans zusammenhaltendes, mobilisierendes Instrument. Entsprechend ist ein nachhaltiger Wegfall des „armenischen Feindes“ nicht sinnvoll: Der Kampf gegen diesen ist ein tragender Pfeiler des aserbaidsschanischen Selbstverständnisses – ohne ihn fallen zentrale Aspekte der nationalen Identität des Landes in sich zusammen, mit potentiell gravierenden Folgen für die innenpolitische Stabilität und außenpolitische Handlungsfähigkeit der Nation.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Abschluss des Karabachkonfliktes mit der Vertiefung der Debatte um eine weitere, nach Bakus Vernehmen traditionell aserbaidsschanisch geprägte Region, nun auf armenischem Territorium, einhergeht: die Provinz Sjunik, auf aserbaidsschanisch „Sangesur“, und laut Alıjew nunmehr „West-Aserbaidsschan.“ Gelegen zwischen der jüngst blockierten Latschinprovinz Aserbaidsschans im Osten, der aserbaidsschanischen Exklave Nakitschewan im Westen, sowie dem Iran im Süden, ist Sjunik die südlichste Region Armeniens und beherbergt eine der wenigen für Handel und Transit offenen Grenzen des Landes – die zum Iran. Die Rolle Sjuniks als Transportkorridor zwischen Karabach und Nakitschewan wurde bereits in der aserbaidsschanisch-armenischen Waffenstillstandsvereinbarung aus dem Jahr 2020 festgehalten; Armenien sollte die Sicherheit der Transportverbindungen zwischen den westlichen Territorien Aserbaidsschans und der Autonomen Republik Nakitschewan garantieren, und den ungehinderten Personen-, Fahrzeug-, und Frachtverkehr gewährleisten. Für İlham Alıjew impliziert diese Passage einen Anspruch auf einen aserbaidsschanisch kontrollierten Transportkorridor „Sangesur“, welcher wiederum einen ersten Schritt in Richtung eines „West-Aserbaidsschans“ auf armenischem Territorium darstellt. So bleibt, in Bezug auf den identitätsstiftenden Feind der Nation, die politische Kontinuität Bakus auch nach der Rückeroberung Karabachs gewahrt.

Der ideelle Revanchismus und dessen innenpolitische Funktion geht einher mit Geopolitik von regionalem und gar globalem Ausmaß. Tatsächlich ist die Region Sjunik geostrategisch äußerst wertvoll, denn sie verbindet Aserbaidsschan nicht nur mit Nakitschewan, sondern auch mit der an Nakitschewan direkt angrenzenden Türkei. Wäre Baku imstande seine Vorstellung vom „Sangesur-Korridor“ wie gewünscht durchzusetzen, entstünde eine seit mehr als einem Jahrhundert unterbrochene Land- und damit Transportverbindung zwischen Zentral- und Westasien mit einem Zugang zum Mittelmeer, welche das Potential hätte, eine neue Haupttransportader des „Mittleren Korridors“ von Chinas Belt and Road Initiative (BRI) zu werden.³ Derzeit genießt die Frage nach dem Ausbau einer solchen „türkischen Ader“ – Aserbaidsschan und Türkei sehen sich als „zwei Teile einer Nation“ – aufgrund der De-facto-Sperrung des „Nördlichen Korridors“ der BRI über Russland und dem Zeitvorteil gegenüber dem Transport über den Seeweg des Indischen Ozeans ohnehin großes politisches Interesse – in China, in der EU und in den Ländern dazwischen. Entsprechend ist der Wunsch nach der Kontrolle über Sjunik naheliegend, ebenso wie die ideelle Einbettung dieses Wunsches in einen revisionistischen – und dadurch aserbaidsschanische Kontrolle über Teile des armenischen Territoriums legitimierenden – Diskurs, welcher die „Auslöschung des aserbaidsschanischen Lebens in Sjunik“ und die „Vertreibung der traditionell aserbaidsschanischen Bevölkerung“ durch Armenien beklagt. Innenpolitische Stabilität und der Ausbau der eigenen geopolitischen Rolle – und damit Macht – in der Region gehen dabei Hand in Hand.

Armenien

Seit der Blitzoffensive ist Jerewan machtpolitisch dramatisch geschwächt und in der Region (mit Ausnahme des Nachbarlandes Georgiens) weitestgehend isoliert. Tatsächlich hat Armenien im Zuge der Blitzoffensive nicht nur eine totale militärische, gesellschafts- und identitätspolitische Niederlage hinnehmen müssen, sondern auch eine diplomatische: Jerewan verlor den letzten genuinen Partner von regionaler Bedeutung – Teheran. So arbeitete die iranische Regierung seit dem Jahr 2020 aktiv daran, die „türkische Achse“ zwischen Baku und Ankara in der Region auszubremsen, und unterstützte Jerewan mit entsprechenden diplomatischen und ökonomischen Mitteln.⁴ Mit dem Verlust der iranischen Unterstützung verlor Armenien nun die letzte Möglichkeit, auf regionaler

³ Der „Mittlere Korridor“ verläuft derzeit von China über die (türkstämmigen) post-sowjetischen Länder Zentralasiens, das Kaspische Meer, Aserbaidsschan und Georgien in die Türkei und mündet in Europa.

⁴ Siehe „Frieden in Sicht? Armenien, Aserbaidsschan und der Konflikt um (Berg)Karabach“, Metis Studie Nr. 30 (November 2022).



Ebene Gegenmachtbildungsversuche gegenüber Baku und Ankara zu unternehmen. Die Gründe für diesen Verlust sind vielfältig; besonders schwer wiegt allerdings eine strategische Entscheidung auf Seiten der armenischen Regierung, die zunächst Moskau von der Liste der Unterstützer Armeniens (und Karabachs) strich, und jüngst nun auch den Iran: die nachhaltige politisch-normative und militärische Ausrichtung der Regierung Paschinjan gen Westen.

Tatsächlich war schon Armeniens Niederlage im 44-Tage-Krieg und die Neukonfiguration regionaler Machtverhältnisse auf Jerewans „Samtene Revolution“ im Jahr 2018 zurückzuführen, im Zuge derer der im regionalen Vergleich politisch liberal(er) orientierte Nikol Paschinjan an die Macht gekommen war. Moskau kritisierte bereits im Vorfeld zum damaligen Krieg die Regierung des Bündnispartners und vollzog seitdem Jahr für Jahr das entsprechende Lehrstück der militärischen Nichtunterstützung Armeniens trotz Bakus Aggression.⁵ So rief Armeniens „Schutzmacht“ Moskau in allen Fällen aserbaidzhanischer Angriffe seit dem Jahr 2020 grundsätzlich beide Akteure zur Mäßigung auf, sogar bei Bakus Übergriffen auf tatsächliches armenisches Territorium (unter anderem in der Region Sjunik) im Herbst 2022 – also einen tatsächlichen Bündnisfall – und hielt sich vor und während der Blitzoffensive beim Schutz der armenischen Bevölkerung Karabachs mandatswidrig zurück: Russische Friedenstruppen intervenierten weder bei der Blockade des Latschin-Korridors, noch während der Anti-Terror Operation Bakus. Entsprechend kann Moskau als ein Komplize bei der De-facto-Vertreibung der armenischen Zivilbevölkerung aus Karabach betrachtet werden.

Moskaus politisch motivierte Tatenlosigkeit erzwang jedoch nicht, wie eigentlich beabsichtigt, einen antiliberalen, moskaufreundlichen Kurswechsel in Jerewan, sondern bestärkte Präsident Paschinjan in seiner Annäherung an den Westen. Armenien schloss sich neuen, ideell untermauerten Kooperations- und Investitionsformaten der EU an; öffnete sich gegenüber der Vermittlungstätigkeit Brüssels und Washingtons im Konflikt mit Aserbaidschan; und nahm nicht zuletzt auch einschlägige Angebote sicherheitspolitischer und militärischer Unterstützung durch den Westen an – trotz lautem Protest aus Baku und Moskau.

So ist seit Beginn des Jahres 2023 gegen den Willen Bakus eine EU Beobachter- und Berichtsmission (EUMA) in sechs armenischen Ortschaften nahe der aserbaidzhanischen Grenze (zwei davon in der Provinz Sjunik) stationiert, mit dem Mandat, die Sicherheitslage vor Ort zu beobachten und so zum Schutz der armenischen Zivilbevölkerung und der Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien

beizutragen. Geleitet wird diese Mission vom deutschen Bundespolizisten Markus Ritter, der bereits als Missionsleiter im Kosovo, Afghanistan und Südsudan mit der Thematik von externen Angriffen auf fragile Staatlichkeit vertraut und damit von besonderem Wert für Armenien ist.

Darüber hinaus bemüht sich Jerewan – nach wie vor formelles Mitglied der Moskaugeführten OVKS – aktiv um bi- und multilaterale Militärkooperation mit den USA. Zu diesem Zweck absolvierte Armenien erstmalig im September des Jahres 2023 die bilaterale Militärübung „Eagle Partner 2023“ auf eigenem Territorium. Das gesetzte Ziel der Übung war, die nationalen Streitkräfte durch US-amerikanische Einheiten für Friedenseinsätze zu schulen, bewährte Praktiken in den Bereichen Kontrolle und taktische Kommunikation auszutauschen, und so effektiv den anstehenden NATO Partnership for Peace „Operational Capabilities Concept“ Evaluierungsprozess vorzubereiten. Im Ergebnis mündete die Übung allerdings in eine symbolträchtige Bestrafung Jerewans durch die übrigen Regionalmächte: Moskau äußerte Bedrohungswahrnehmungen, verurteilte die Übung als „Schaffung eines anti-russischen Sprungbrettes in Transkaukasien“ und verwies explizit auf das Schicksal der Ukraine in diesem Zusammenhang. Teheran, verärgert über das Überschreiten einer „roten Linie“, zog ebenfalls Konsequenzen und nahm seine aktive Unterstützung gegenüber dem in der Region nun geächteten Land zurück. Und Baku – auf dieser Grundlage arbeitend – führte während der Übung erfolgreich die Blitzoffensive durch: Der letzte Tag von „Eagle 2023“ fiel mit der Kapitulation Karabachs und dem Einsetzen der Flüchtlingsströme zusammen.

Seitdem ist Armeniens Regierung noch bemüht, die alten Bande zu den Regionalmächten zumindest zu diversifizieren – und hat nicht nur lautstark Zweifel an der Sinnhaftigkeit der russischen Militärbasis in Gyumri geäußert, sondern auch das Interesse an vertiefter Kooperation mit der NATO, sei es im Rahmen von Übungen oder Waffenlieferungen. Letztere begann Jerewan bereits bei Frankreich einzukaufen: Ende Oktober unterzeichnete Jerewan ein Abkommen über den Kauf von drei Flugabwehrsystemen (Typ GM 200) sowie eine Absichtserklärung über künftige Lieferungen von Luftabwehrsystemen (Typ Mistral) mit kurzer Reichweite.

Die neue Geopolitik des Südkaukasus

Die bedeutendste Konsequenz aus dem neu entstandenen „Frieden“ in Karabach ist Armeniens regionale Ächtung, sowie die Konsolidierung einer autokratischen Achse zwischen Moskau, Baku, Teheran und Ankara. Diese Mischung birgt die Möglichkeit weiterer regionaler Destabilisierung, denn der Appetit Bakus ist noch nicht gestillt. Tatsächlich ist zu erwarten, dass Ilham Alijew versuchen wird, den Aufwind seines leichten Sieges in Karabach und die allumfängliche Schiefelage Armeniens für die Durchsetzung weiterer territorialer Ansprüche und politischer

⁵ Armenien ist Teil der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS), ein moskaugeführtes Militärbündnis im post-sowjetischen Raum.



Ziele zu nutzen – einerseits, um innen- und identitätspolitische Stabilität zu gewährleisten, andererseits, um seine internationale Position als geostrategisch relevantes Drehkreuz zu konsolidieren. Dabei ist das Ziel der Rückholung „West-Aserbaidshans“ und der Ausbau des „Sangesur-Korridors“ zentral – so kann die ontologische Sicherheit des Landes samt den dazugehörigen innenpolitischen Funktionen und geopolitischen Vorteilen auch im Nachgang zu Karabach gewahrt bleiben.

Bisher haben Teheran und Jerewan die Verwirklichung dieser Vision blockiert – eine aserbaidshansische Kontrolle über Sjunik würde beide Staaten ihrer gemeinsamen Grenze de facto berauben. Nun hat Baku gemeinsam mit Teheran eine für beide Parteien tragbare und geopolitisch geschickte alternative Lösung unter Ausschluss Jerewans entwickelt: Ein in etwa parallel zur noch sowjetisch erbauten, aber kaum intakten „Sangesur-Infrastruktur“ verlaufender Transportkorridor wird nun auf iranischer Seite verlegt. Dieser bietet Aserbaidshans die direkte (wenn

auch nicht allein kontrollierte) Verbindung zu Nakitschewan und damit zur Türkei. Der Islamischen Republik bietet diese „Sangesur-Alternative“ die Möglichkeit der Mitsprache und Gewinnbeteiligung am höchst lukrativen Korridor bei gleichzeitigem Erhalt der eigenen Grenze zu Armenien. Zusätzlich ermöglicht diese Option beiden Akteuren den Vorteil des Anschlusses an den von Moskau geförderten Nord-Süd-Korridor, welcher dem vom Westen sanktionierten Russland über Aserbaidshans und den Iran neue Handelswege hin zum Indischen Ozean eröffnen soll. Mit dieser Lösung werden sowohl Aserbaidshans als auch der Iran zum Knotenpunkt sowohl in der Nord-Süd- als auch in der Ost-West-Achse regionaler Konnektivität – zu Landbrücken zwischen Russland und dem Arabischen Meer, sowie zwischen China und dem Mittelmeer. Insbesondere für das international sanktionierte Teheran sind die neuen Konnektivitätsoptionen ein geopolitisches und ökonomisches Glückslos, folgerichtig von der lokalen Presse als „das neue Öl Irans“ gefeiert.

Abb. 3 Der Südkaukasus im regionalen Kontext | Quelle Karte: © SIMPLYMAPS.de; Bearbeitung: Beschriftungen, farbliche Hervorhebungen, ungefähre Verläufe der Korridore; CC BY-SA 4.0

Legende

-  Mittlerer Korridor
-  Nord-Süd-Korridor
-  ungefährer Verlauf der alternativen Route des Mittleren Korridors über Iran





Auch die Türkei ist ein substantieller Nutznießer der im Nachgang zur Blitzoffensive entstandenen Ordnung. Ankara ist die treibende Kraft hinter der „türkischen Ader“ zwischen den Ländern Zentralasiens und der Türkei via Sjunik (laut den türkischen Behörden ebenfalls „West-Aserbaidschan“), da diese in letzter Konsequenz von Ankara, dem mächtigsten Akteur der pantürkischen Welt und dem nach Russland bedeutendsten geographischen Drehkreuz zwischen Asien und Europa, kontrolliert werden würde. Zusätzlich zu substantiellem ökonomischen Gewinn würde die „Ader“ der Türkei nicht unbedeutende und weit jenseits des Südkaukasus reichende geostrategische Relevanz und damit Gegenmachtbildungsmöglichkeiten gegenüber Peking, Moskau, sowie den Ländern und Organisationen des Westens herbeiführen – von den Staaten der Region ganz zu schweigen. Auch wenn diese Option erst in der weiter entfernten Zukunft zu verorten ist, ist die neue post-Karabacher Realität der erste Schritt in diese Richtung, und damit auch in die Richtung der Erfüllung von Ankaras post-imperialen Großmachtbedürfnissen – dem Streben nach internationalem Status, Autorität und Autonomie im internationalen System.

Im Gegensatz dazu kann Moskau nicht als wirklicher Profiteur der neuen Regionalordnung betrachtet werden – zu schwer wiegen die mittlerweile so offenbar gewordenen Verluste einstiger Regionalhegemonie. Dennoch bietet die neue geopolitische Situation Moskau die beste Variante unter lauter schlechten Optionen: Die illoyale Regierung Armeniens wurde nachhaltig für die von Russland verurteilte Kooperation mit dem Westen bestraft – in territorialer, sozialer, identitäts- und gesellschaftspolitischer und letztlich auch ökonomischer Hinsicht. Gleichzeitig hat die Türkei ihren Einfluss nach dieser Offensive nicht noch mehr auf Kosten Moskaus erweitern können. Stattdessen mussten sich Baku und Ankara auf die traditionell konfliktreiche Beziehung zu Teheran einlassen, um eine direkte Transportverbindung zwischen Aserbaidschan und der Türkei möglich zu machen. Diese aus der Not geborene Kooperation schuf wiederum die ideale Grundlage für Moskau, seine Vermittlertätigkeit in der Region auch jenseits von Karabach fortzuführen und so seine Rolle als Friedensmacht Eurasiens vorerst zu erhalten.

Nicht zuletzt stärkt die neue post-Karabacher Ordnung eben aufgrund der verschärften Isolation des nach Westen gerichteten Armeniens die autokratische Beschaffenheit der Region – das wichtigste Interesse Moskaus. Die neue Ordnung soll den Südkaukasus und die daran grenzende Nachbarschaft bewusst vom Westen abschirmen – von seinen Bündnissen und Organisationen, seinen Ordnungsvorstellungen, seinen Vermittlungsversuchen und damit letztlich, von seiner Macht. Dafür steht auch das im Jahr 2021 von Moskau gegründete 3+3 Format, welches Russland, den Iran und die Türkei mit den drei Republiken des Südkaukasus zusammenbringen soll und das Ziel verfolgt, eine regional (nichtwestlich) verhandelte Friedensordnung

zu schaffen sowie diesbezüglich ausstehende Fragen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie den Regionalmächten zu klären.⁶ Seit der Durchführung der Blitzoffensive ist die 3+3 Plattform bisher das einzige institutionelle Format, in dem die post-Karabacher Kommunikation zwischen Baku und Jerewan stattgefunden hat.

Neue Ordnung, neue Probleme: Empfehlungen für Deutschland und die EU

Do not play this game with Armenia: Is it Russia's or the West's? – Please don't play that game. That game is OK for you, but it's a threat for us.

Leiter einer Nichtregierungsorganisation in Sjunik, Armenien, Oktober 2023⁷

Die neue „Friedensordnung“ im Südkaukasus legt den im Konflikt involvierten und von den Transitverbindungen wie Handelsbeziehungen mit der Region profitierenden Ländern des Westens eine große Verantwortung auf – insbesondere für Armenien. Tatsächlich ist das derzeitige Schicksal Jerewans ein direktes Ergebnis der Westorientierung des Landes. Entsprechend sollten die Vermittler aus Washington, Brüssel und Paris nicht nur den Schutz der territorialen Integrität und Souveränität Armeniens prioritär setzen, sondern auch – da aufs Engste mit der Sicherheitssituation des Landes verbunden – die Beendigung der Isolation und die Aufnahme der post-sovjetschen Republik in regionale und überregionale Konnektivitätsprojekte.

Grundsätzlich verfügt die EU über Instrumente, die einerseits das Verhalten Baku gegenüber Jerewan beeinflussen und andererseits die Verwundbarkeit des Letzteren in einem antagonistisch geprägten Umfeld reduzieren können. Dabei ist insbesondere die ökonomische Macht der Union – die Binnenmarktgröße, die Reichweite und das integrative Potential des Blocks – ihr einflussreichster Hebel. Die EU27 nicht nur der mit großem Abstand wichtigste Handelspartner Baku – über 50 Prozent seines gesamten Handelsvolumens erwirtschaftet Aserbaidschan mit der EU – sondern auch der bedeutendste Investor im Land mit einer Gesamtsumme von fast 7 Milliarden Euro. Darüber hinaus hat sich Brüssel bis zum Jahr 2026 verpflichtet, Baku im Rahmen des *EU Economic and Investment Plan* und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und

⁶ Bisher hat Georgien seine Teilnahme an diesem Format verweigert.

⁷ Joshua Kucera: „In Southern Armenia, Global Powers Move in Amid Fears of A New Azerbaijani Offensive“. Radio Free Liberty vom 4. November 2023. Abgerufen am 10.11.2023: <https://www.rferl.org/a/armenia-syunik-region-azerbaijan-russia-iran-united-states/32671001.html>.



der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) dabei zu unterstützen, weitere zwei Milliarden Euro für die Unterstützung der nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung des Landes zu mobilisieren. Nicht zuletzt ist die EU der bedeutendste Bestimmungs- und Ausgangspunkt eurasischer Konnektivitätsprojekte, von denen Baku als Transitland bisher in besonderem Maß profitiert hat – und auch weiterhin profitieren möchte.

Entsprechend hat Europas Wirtschaftskraft aufgrund des hohen ökonomischen Mehrwertes für Aserbaidschan das Potential, auf Bakus offensives Verhalten mäßigend einzuwirken und so die Position Armeniens in der Region signifikant zu verbessern – falls Brüssel und die Mitgliedstaaten sich dazu bereit erklären, ihre Kraft zum Schutze Armeniens einzusetzen. Das passende Instrument zur Aufklärung über Bakus Verhalten vor Ort wäre im Rahmen der EUMA vorhanden: Die Mission kann wertvolle Überlaufeffekte zwischen den Themenblöcken armenische Sicherheit und aserbaidische wirtschaftliche Entwicklung generieren – als Transparenz schaffendes Bindeglied zwischen der Frage nach Bakus Respekt für die territoriale Integrität und Souveränität Armeniens und der Frage nach der Fortführung der Wirtschaftskooperation zwischen Aserbaidschan und der EU.

Eine weitere Möglichkeit der pro-armenischen „Gegenmachtbildung“ von Seiten der EU bietet auch die Initiative „Resilient Syunik“, welche im Rahmen des insgesamt 2,6 Milliarden Euro starken europäischen *Economic and Investment Plan* für Armenien angesiedelt ist und als Ziel hat, die geostrategisch relevante und umkämpfte Region Armeniens von innen heraus zu stärken. Ähnlich wie in Aserbaidschan steht auch hier die Förderung der Entwicklung nachhaltiger sozioökonomischer und institutioneller Strukturen im Vordergrund. An dieser Initiative sind nicht nur EU Mitgliedstaaten und die Schweiz beteiligt, sondern auch die Europäische Investmentbank (EIB). Die Initiative lenkt explizit den Fokus auf die im derzeitigen geopolitischen Kontext wichtigste und dabei vulnerabelste Region Armeniens mit einer klaren entwicklungs- und damit auch sicherheitspolitischen Zielsetzung: die Verbesserung sozioökonomischer Strukturen und damit Erhöhung der Widerstandsfähigkeit auf armenischem Territorium – auch gegenüber „pantürkischem Aktionismus“. Allerdings ist bei der Finanzierung und damit bei der Schaffung vom geopolitischen Gewicht noch sehr viel Luft nach oben: Gemessen am Gesamtvolumen der Förderung hat diese Initiative mit 116 Millionen Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren ein sehr niedriges Budget – zumindest wenn Brüssels Engagement mit Baku als Vergleichswert hinzugezogen wird.

Diese in sich komplementären Ansätze – das Monitoring von Bakus Verhalten auf armenischem Territorium bei gleichzeitiger wirtschafts- und gesellschaftspolitischer sowie institutioneller Stärkung Armeniens – tragen zwar zur punktuellen Verbesserung armenischer Resilienz bei, lösen allerdings nur bedingt das Problem der strukturellen

regionalen Isolation des Landes und der damit einhergehenden strukturellen Unsicherheit. Was Armenien zum genuinen, nachhaltigen Schutz seiner territorialen Integrität und Souveränität tatsächlich benötigt, ist eine solide, langfristig angelegte Möglichkeit zur Integration in regionale und überregionale Konnektivitätsstrukturen. Diese beginnt mit einer vollumfänglichen Öffnung der Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei, und geht weiter über die Förderung von transregionalem Infrastrukturausbau – beispielsweise im Rahmen des europäischen Global Gateway Projekts, TRACECA und anderen Programmen im Rahmen der EU Nachbarschaftspolitik, sowie auch nichteuropäischen Initiativen wie der (von vielen EU-orientierten Infrastrukturprojekten ohnehin schwer trennbaren) Belt and Road Initiative Chinas.

Kurzum: Es gibt unterschiedliche Pfade, über die westliche Stakeholder einen äußerst wertvollen Beitrag zu Armeniens Souveränität und territorialer Integrität und damit zur Sicherheit der Zivilbevölkerung vor Ort leisten können, ebenso wie zum entwicklungspolitischen Ausbau des Landes. Allerdings nur, wenn vorher eine Grundsatzentscheidung darüber getroffen wird, welche Ziele man in dieser Region verfolgt: Was ist wichtiger, die Unterstützung Armeniens oder die Bestrafung Russlands im Kontext des Ukrainekrieges sowie das in Schranken halten der Achse Moskau-Iran?

Anders ausgedrückt: Würde die EU den Ausbau von geostrategisch bedeutsamen Transportwegen in Armenien weiterhin fördern – auch wenn diese Russland und dem Iran im Rahmen des derzeit entstehenden Nord-Süd-Korridors zugutekommen und Moskau damit helfen, bestehende Sanktionen zu umgehen? Weiterhin, würde die EU mit dem Einkauf von Energieträgern in Baku fortfahren, ebenso wie mit der Förderung von Aserbaidschans Rolle als strategisch relevantes Transitland, und so die ökonomisch-militärischen Fähigkeiten und das Aggressionspotential des Landes gegenüber Jerewan stärken, nur um die Sanktionen gegenüber Russland aufrecht zu erhalten und die eigene energiepolitische Abhängigkeit von Moskau zu reduzieren? Nicht zuletzt, würde Brüssel Ankaras ausgrenzendem Pfad gegenüber Armenien folgen, um die Geschlossenheit (und Erweiterung) der NATO gegenüber Russland aufrecht zu erhalten, ebenso wie den „Mittleren Korridor“ der BRI, welcher die weggebrochene nördliche Ost-West Verbindung über Russland ausgleichen soll?

Um es unverblümt zu sagen: Ist Armenien in einem geostrategischen Sinne für die EU und den Westen wertvoll genug, um eine weitere Front gegen Moskau im post-sowjetischen Raum aufzumachen und sich dazu potentiell noch gegen Baku, Ankara und Teheran zu stellen?

Wenn nicht, sollte die strategische Logik des europäischen, und generell westlichen, Engagements vor Ort neu gedacht werden. Es sollte klar sein, dass die autokratische Achse aus Moskau, Baku, Teheran und Ankara nach Abschirmung von westlichen liberalen Werten und Akteuren



in der Region strebt, nicht nach konstruktiver Zusammenarbeit mit diesen zum Zwecke der Friedensschaffung und Integration des nach Westen schauenden Armeniens. Es sollte auch klar sein, dass autokratische Regime dazu neigen, bestehende Bedrohungswahrnehmungen (insbesondere wenn es um ihre eigene Stabilität geht) an der Zivilbevölkerung auszulassen – sowohl an der eigenen als auch an der des Antagonisten. Alle vier Akteure haben sich äußerst kritisch zur Präsenz „fremder Mächte“ in Armenien geäußert. Entsprechend sollte der Westen die realistischen Folgen seines Handelns für die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Zivilbevölkerung Armeniens einpreisen und normativ-politische (sowie militärische) Zurückhaltung üben. Dies würde den Schutz Armeniens zwar nicht mehr garantieren, aber Jerewan doch die Möglichkeit zur politischen Deeskalation und Annäherung geben, auch über den dann wohl einzigen Pfad der normativen Anpassung an regionale Realitäten. Das Schicksal von Ländern, in denen die EU gute politische Absichten verfolgt und Transformationsbereitschaft erzeugt, aber unzureichende materielle Ressourcen zur Untermauerung dieser bereitstellt, kann im post-sowjetischen Raum hinlänglich beobachtet werden.

Falls allerdings die EU das Ziel verfolgt, sich in Armenien und im Südkaukasus insgesamt als unabhängiger geostrategischer Akteur zu etablieren, um den genuinen Schutz des Landes vor Aggression zu gewährleisten und dabei Konnektivitätsinfrastruktur gen Europa auszubauen, muss sie ihre Unterstützung für das Land

sowohl quantitativ als qualitativ deutlich und kurzfristig erhöhen. Wenn Brüssel effektiv in einem antagonistischen Umfeld operieren will, sollte es glaubwürdige militärische wie ökonomische Anreize für die Autokraten der Region schaffen, Armeniens Souveränität und territoriale Integrität zu respektieren und das Land in regionale Formate zu integrieren, unabhängig von der normativen Ausrichtung Jerewans. Solche Anreize – letztlich: Zwangsmittel – sollten mit entsprechend klarer, mutigerer Kommunikation und effizienterer Koordination der eigenen Instrumente einhergehen: Brüssel, Washington, Paris, Berlin und die NATO sollten auf einer Grundlage und mit einer Stimme sprechen können, wenn um den Südkaukasus geht. Ebenfalls sollten sie mit nichtwestlichen Akteuren – insbesondere China – nach Kooperationsformaten suchen, die für beide Seiten von Vorteil sind, so wie die EU es bereits in Zentralasien versucht. Der gemeinsame Ausbau von Infrastrukturprojekten bietet sich in dieser Hinsicht besonders an.

Nicht zuletzt sollte sich der Westen die Geographie der Region immer wieder vergegenwärtigen: Armenien ist nicht geholfen, wenn die „Schurken“ der Nachbarschaft isoliert und bestraft werden, sondern nur, wenn Jerewan einen Modus Vivendi im Einklang mit regionalen Realitäten finden kann. Dies möglich zu machen, wäre die zugegebenermaßen äußerst herausfordernde, aber auch im eigennützigen Sinne sehr lohnenswerte Aufgabe für die Hauptstädte des Westens in einer sich wandelnden Welt.

IMPRESSUM**Herausgeber**

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
Web: metis.unibw.de
X (ehem. Twitter): @metis_institut

Autorin

Dr. Luba von Hauff
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
zum-staunen.de

Bildnachweis

Titel: EU Mission in Armenia / EUMA
Quelle: https://www.eeas.europa.eu/euma/qa-eu-mission-armenia-euma_en

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

